

Emigrantenschicksale.

Bekannt ist der furchtbare Religionsdruck, den die evangelischen Schlesier in der Zeit der s. g. „Gegenreformation“ unter habsburgischem Regiment und jesuitischer Knechtung erdulden mußten. Die härtesten Bedrückungen wurden zwar 1707 durch den Vertrag von Altranstedt und das darin niedergelegte zähe Eintreten des Schwedenkönigs Karl XII., des vierten Nachfolgers Gustav Adolfs, einigermaßen gemildert. Das anfängliche Aufatmen der schlesischen Evangelischen wurde aber bald gedämpft, als sie merken mußten, daß alle Erleichterungen nur auf dem Papier standen und durch Geheimbefehle von oben und die Willkür der katholischen Regierungsorgane umgangen und ins Gegenteil verkehrt wurden und ihnen der Weg der Klage und Beschwerde versperrt wurde. So mußten sie Friedrich dem Großen, als er als Befreier Schlesiens Boden betrat, eine wohldurchdachte und mit Tatsachen erhärtete Beschwerdeschrift überreichen, die sich in allen einzelnen 79 Punkten auf die gröblich übertretenen Bestimmungen der Altranstedter Konvention berief, die des Königs Gerechtigkeitsinn tief bewegte und ihn veranlaßte, kräftig einzugreifen und wirkliche Gewissensfreiheit und freie Ausübung des evangelischen Bekenntnisses zu sichern.

Aber als im siebenjährigen Kriege 1760 im Mai der österreichische General Laudon in Schlesien einrückte, die Grafschaft Glatz einnahm und am 26. Juli Stadt und Festung Glatz besetzte, mußten (Heinzelmann: Geschichte der evangelischen Kirche der Grafschaft Glatz) alle evangelischen Zivilbeamten die Stadt verlassen. Aber, daß die glücklicherweise nur kurze und vorübergehende habsburgische Herrschaft auch hier ihre den Protestanten feindliche Haltung sich durchzusetzen gleich anschickte und neben diesen Offizianten oder Beamten auch noch die anderen Evangelischen in Glatz und anderswo zur Auswanderung zu zwingen sich beeilte, ergeben Akten auf dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin, aus denen einiges mitgeteilt werden soll.

Am 6. Oktober fühlte sich der preußische Vertreter in Regensburg, dem Sitz des Reichstages, von Plottho verpflichtet, dem König *Anzeige* von einer vom Kaiser von Oesterreich befohlenen Emigration der protestantischen Untertanen aus der Grafschaft Glaz zu machen. Diese aus Magdeburger und Berliner Zeitungen zu ersehende Nachricht hat sämtliche evangelische Gesandte in Regensburg in nicht geringe Verwunderung gesetzt, und sie wünschen, daß der König von diesem Vorfall eine Anzeige zugleich mit beigefügtem deshalb ergangenen kaiserlichen Patent drucken und ihnen nach Regensburg zuschicken lasse, damit sie davon auch bei anderen Höfen Gebrauch machen können. Auch sei dann Gelegenheit, diese Anzeige unmittelbar an den bevorstehenden Reichstag in Schweden zu bringen, und das werde nicht ohne Effekt bleiben.

Plottho erhält von Magdeburg, wo sich der König aufhielt, weil Berlin von Russen und Oesterreichern okkupiert war, schon am 18. Oktober eine Antwort, trotz der Kriegsjorgen, die den König ganz beschäftigten, nämlich die: „Es ist fast zu zweifeln, daß deshalb von der Kaiserin Königin ein öffentliches Patent ergangen sei; indessen lassen Wir nähere Erkundigungen einziehen, und es soll Nachricht erteilt werden.“

Plottho meldet am 20. Oktbr.: dem Wiener Hof scheint daran gelegen zu sein, daß das Verfahren mit den protestantischen Untertanen der Grafschaft nicht einen zu widrigen Eindruck mache, da die Regensburger Zeitung, die beifolgt, den Schritt zu hehmänteln und zu rechtfertigen suche, freilich in sehr leichter und wenig überzeugender Art. — Sie war offenbar inspiriert.

Der Artikel der Regensburger Zeitung besagte etwa: Der Aufsatz in der Berliner Zeitung, daß den Evangelischen in der Grafschaft bedeutet worden sei, sie sollen sich zum Abzug fertig machen und ihren liegenden Besitz veräußern, könne zwar nicht ganz in Abrede gestellt werden. Aber es sei nur soviel daran wahr, daß man keine eingebornen preußischen und besonders brandenburgischen Beamten leiden wolle, aus Besorgnis, daß „dergleichen Subjekte nichts anderes als heimliche Rundschafter abgeben werden.“

Wenn das Vorgehen, schreibt von Plottho, nur dortige preußische Beamte und Offizianten wirklich betreffen würde, so würde die Zahl der verzagten und elend umherirrenden evangelischen Einwohner der Grafschaft weit geringer sein, und er (Plottho) wäre der Mühe überhoben, die betrüblich-

sten Beweise vom Gegenteil ans Licht zu ziehen. Blotho legte ein Verzeichniß der von der Emigration Betroffenen bei, welches aber, wie er bemerkt, nur einen Teil enthält. Es sind etwa 70 Namen genannt, außer den Angehörigen, größtenteils aus Glatz, aber auch aus Habelschwerdt, Wandek, Reinerz, Bünschelburg, Neurode, Lewin, Mittelsteine, größtenteils angesessene Bürger und Besitzer von Häusern, ein Bürgermeister, zwei Senatoren, ein Apotheker, ein Chirurgus, Gewerbetreibende, Handwerker usw., welche nicht lediglich aus Preussischen Provinzen, besonders Brandenburg stammen, sondern auch aus Sachsen, Thüringen, Polen, nur zum kleinen Teile Beamte. Den Ausgewiesenen wurde auch keine Frist zum geregelten Abzug und Verkauf ihrer unbeweglichen Habe gelassen. Sie mußten, ohne deren Veräußerung abwarten zu können, ihren Besitz „mit dem Rücken ansehen“ und sich „mit den wenigen Effekten, welche ihnen zum Teil die Plünderung übrig gelassen, auf die Flucht begeben“. Ja noch mehr, man trennte sie von ihren Frauen und Kindern, die man entweder zurückbehielt oder in eine andere Provinz von Oesterreich verwies, so nach Böhmen. Daraus könne man „erkennen, zu welchem Mißbrauch österreicherseits in der Grafschaft der Religionshaß gediehen und was von der Versicherung einer ungehinderten Duldung aller Untertanen ohne Unterschied der Religion in gedachter Grafschaft zu halten sei.“

Wenn die Regensburger Zeitung unbedenklich wider die Wahrheit diese Tatsache in Abrede gestellt habe, so sei es nicht zu verwundern, wenn sie mit derselben Dreistigkeit erdichtete, angeblich der katholischen Geistlichkeit in Schlesien widerfahrne Belästigungen behaupte, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der Bedrückung in der Grafschaft abzulenken.

So sei erstens die behauptete Vertreibung verschiedener katholischer Kommunitäten, besonders der Jesuiten aus Glatz, Breslau, Schweidnitz und Reize eine notorische Unwahrheit. Es ist in Wirklichkeit keine Vertreibung irgendwo aus preussischen Landen erfolgt, so wenig würdig auch verschiedene Glieder durch ihr sträfliches Verhalten während der bisherigen Kriegszeiten der Mäßigung gewesen seien, die ihnen widerfahren ist. Wenn aber Veranstaltungen, die in einigen Festungen zur Unterbringung der Garnisongefangnisse und für Kriegsbedürfnisse getroffen

werden mußten, denen sich wie die übrigen Bürger und Einwohner ohne Unterschied der Religion auch die Jesuiten unterziehen mußten, die aber ihren weiteren Aufenthalt zum Theil in ihren in der Nähe der Festungen liegenden Landgütern, nehmen konnten, als Vertreibung bezeichnet werden, so ist das nichts als geſſentliche gehäßige Verdrehung der Vorgänge, um die Öffentlichkeit irre zu führen. Bekannt ist, daß der 1757 in Glaß im Jesuitenkollegium entstandene Brand, dessen Ursache unberührt bleiben soll, durch den dieses mit einem ansehnlichen Teile des Magazins und der Montierungskammer des Nettelhorſtſchen Regiments in Aſche gelegt wurde, den Jesuiten ein Hindernis für ihren ferneren Aufenthalt geworden ist. Sonst ist es den Jesuiten ſelbſt in Brėslau bis zu dieſer Stunde völlig unbenommen, ihre Angelogenheiten durch ihre ſich dort ununterbrochen aufhaltende Ordensglieder nach beſtem Gutdünken und Nothdurft beſtreiten zu laſſen. Ebenſo grundlos iſt die Behauptung ekier der katholiſchen Geiſtlichkeit durch Entziehung ihrer Zehnten und Stol-Einkünfte widerfahrenen Beläſtigung. Sie iſt nach wie vor nachweislich im Genuß der ihr zukommenden Hebungen und Stolrechte von den ihrer Religion zugetanen Parochien. Ebenſo landkundig iſt aber auch, daß dieſe Geiſtlichen die erwähnten Hebungen wider die evangeliſchen Untertanen zu deren Beſchwerde derartig gemißbraucht und mit dem Joche der Stolgebühren und Abgaben ſelbſt die Dorſſchaften, in denen ſämtliche Einwohner evangeliſch ſind, dermaßen bedrückt und überzogen haben, daß dieſer Ruinierung der Untertanen die nöthige Grenze geſetzt und dieſen von den Abgaben die Erleichterung verſchaft werden mußte, welche die katholiſche Geiſtlichkeit ſchon nach der älteren, ſchon unter der vorigen Regierung veröffentlichten Landesordnung von 1662 und 1708 bereits zu vergönnen ſchuldig war. Wenn ſo die geſetzmäßige Einſchränkung der ohne Mitleid eingetriebenen Laſten in Erinnerung gebracht werden mußte, ſo iſt das völlig gerechtfertigt.

Übrigens iſt es in Deutschland mehr denn je bekannt, wie groß die Vorzüge ſind, welche die katholiſche Geiſtlichkeit in Preußiſch Schleſien während des biſherigen Krieges vor dem Alerus im öſterreichiſchen Lande genoſſen und vor ihm vorausgehabt hat, indem ſie bis zu dieſer Stunde mit keinerlei Perſonalkriegſteuer oder einem Kapital-Steuerbeitrage beſchwert worden iſt, wie beides die Geiſtlichkeit der böhmischen öſterreichiſchen Erblande er-

fahren mußte. Nach der vorliegenden Ausschreibung aus Wien vom 10. Oktober 1758 wurden zu ersterer alle sogar ohne Ausschluß der Mendikanten-(Bettel-)orden und zu letzterer auch ohne Ausnahme die bei den Stiftern und Kommunitäten tot und unangelegt befindlichen Kapitalien herangezogen. Diese ins Auge fallenden Vorzüge der katholischen Geistlichkeit in Preußen sind deutliche Beweise und Zeugen von der bisherigen Erhaltung ihres Unterhaltes, während gehässig und unwahr eine Verminderung behauptet wird.

Es ist kein Beispiel vorhanden, daß irgend ein Geistlicher durch Vorenthaltung seines Gehaltes jemals zum Verlassen seines Amtes genötigt worden sei, obwohl soviel seine Richtigkeit hat, daß während der Kriegsunruhen einige katholische Geistliche wider Pflicht und Gewissen und zur Schande ihres Standes ihre verbotnen Verbindungen (Kollusionen) mit dem Feinde soweit getrieben haben, daß sie endlich das Maß ihrer Treulosigkeit durch Verlassen der ihnen anvertrauten Gemeinden voll zu machen und zum Teil als Majestätsverbrecher in der Flucht ihrer Sicherheit zu suchen sich unterfangen haben. Finden sich daher in auswärtigen oder feindlichen Provinzen Schlesiens katholische Geistliche, welche als Ursache ihrer Entfernung Vorenthaltung ihres Unterhaltes oder erfolgte Absetzung angeben, so gehören sie obiger Klasse an und wollen die Abscheulichkeit ihres Tuns und ihrer Flucht verdecken. Es ist aber völlig falsch, und ohne begangene Übeltaten ist kein Geistlicher aus obiger Ursache sich zu entfernen, gezwungen worden.

Wie sorgfältig die Untersuchungen auf Veranlassung des Königs über die Emigrationsfälle gemacht wurden, zeigen die protokollarischen Vernehmungen mehrerer erreichbarer Emigranten am 11. Oktober 1760 in Breslau.

So sagt ein in Halle geborener früherer Regimentsfeldscherer (Militärarzt), Monhaupt, der 7 Jahre Haus und Apotheke in Glatz besaß: nachdem er 5 Wochen nach Eroberung von Stadt und Festung in Nähe gelassen worden war und vom österreichischen General Weisrugg die Versicherung erhalten hatte, daß er, solange keine gegenteilige kaiserliche Ordre vorliege, geschützt werde, solange er sich ruhig verhalte, und nachdem er während der Zeit an österreichische Kranke die Arzneien geliefert habe, ließ ihn der Magistrat bedeuten, er müsse am nächsten Morgen (3. Sep-

tember) früh um sieben Uhr mit Sack und Pack die Stadt räumen. Vergeblich wandte er sich an den General, der ihm die kaiserliche Verordnung vorwies. Er bat ihn vergeblich um Frist zur Ordnung seiner Angelegenheiten. Die ihm zugesagte Bezahlung für die gelieferten Medikamente ist bis auf diese Stunde nicht erfolgt. Unter Zurücklassung seines Eigentums kam er unter größten Schwierigkeiten nach Breslau, wo er schon 7 Wochen weile; nach Glatz gesandte Boten wegen seiner zurückgelassenen Habe und der Einziehung von Außenständen kommen nicht wieder.

Landdragoner (Gensdarm) Giesse aus Halle wurde arretiert und nach Mittelwalde geschafft. Er entwich, wurde ergriffen und nach Glatz und dann nach Brünn gebracht, wo er täglich mit Stockprügeln traktiert wurde. Endlich erhielt er einen Paß und kam auf großen Umwegen nach Schlesien. Seine Frau wurde mittellos aus Glatz verwiesen, und ihre Habseligkeiten wurden aufs Rathhaus geschafft, sein Dienstpferd wurde beschlagnahmt.

Stadtchirurgus Ordelin aus Malchow bei Berlin, wo sein Vater Prediger war, durfte österreichische Kranke 3 Wochen lang, sogar den General Geisrügg, behandeln. Man nahm zuerst die Emigrantenverordnung nicht ernst, mußte aber manche dahingehende häßliche Äußerung, so vom Bürgermeister, vernehmen. Als aber die zweite Verordnung in schärferer Tonart erschien, habe er erfahren, daß der Magistrat vom Kaiser Karl her ein Privilegium habe, das er jetzt hervorgeholt habe, daß nämlich keiner, der nicht der katholischen Religion zugetan sei, in Stadt und Grafschaft zu dulden sei. Nach endlich erlangtem Paß kam Ordelin mittellos nach Breslau.

Regimentsbüchsenmacher Büttner aus Thüringen mußte die von der preussischen Garnison zurückgelassenen Waffen reparieren, erfuhr militärischerseits keine Anfeindungen, aber um so mehr von der katholischen Bürgerschaft. So wurde seiner Frau ins Gesicht gespieen. Er beschloß, auszuwandern und erhielt einen Paß nur bis Reichenstein. Nach der Eroberung der Stadt Glatz war er ausgeplündert worden. Sein Handwerkszeug und eine wertvolle Windbüchse wurde gestohlen. Sein Eigentum, von dem er nur einen Teil für ein Spottgeld verkaufen konnte, mußte er im Stich lassen und hat noch bedeutende Forderungen nicht einreiben können.

Bürger und Handschuhmachermeister Bitterling aus Prenzlau mußte sein Haus verlassen, wofür man ihm

20 Sgr. auszahlte, seine katholische Frau und die Kinder mußte er nach Böhmen schicken. Meister- und Bürgerrecht hatte er mit vielen Kosten erworben.

Ein andrer Bitterling, auch Hausbesitzer, wurde bei Eroberung der Stadt als einer der ersten ausgeplündert, welches Schicksal auch eine bei ihm wohnende Oberstenwitwe von der Goltz und 2 Mundierungskammern vom Markgraf Heinrichsen-Regiment theilten. Protestanten konnten sich nicht sehen lassen, ohne insultiert und angespioniert zu werden. Beschwerden halfen nicht, Zusammenkünfte (er hatte einen Bierauschank) wurden verboten. Um Käufer von Häusern und Eigentum bemühte man sich vergeblich. Er wollte sich beim Abzuge nicht von seiner katholischen Frau trennen, weil, wie er dem Magistrate sagte, niemand als der Himmel eine Ehe trennen könne, erhielt aber zur Antwort: es käme lediglich darauf an, ob seine Frau mit ihm ziehen und leben oder sterben wolle. Sie erklärte, daß sie nicht mit ihm ins Luthertum gehen, sondern zu ihrem Vater nach Böhmen sich begeben wolle. Auch die Mitnahme seines Kindes wurde ihm abgeschlagen, denn es müsse, auch wenn es ein Sohn wäre, im christlichen, nicht aber im lutherischen Glauben erzogen werden. Für sein Bierrecht habe ihm sein Gevatter 20 Sgr. angeboten, die er auch aus gänzlichem Mangel an Mitteln genommen habe. Nun ist er schon 9 Wochen in Breslau arbeitslos, hat sich bisher vergeblich um Beschäftigung bemüht und bittet um eine, wenn auch ganz geringe Versorgung.

Weiteres ist aus den Akten nicht zu ersehen. Nur ist ein Schreiben des Königs oder in seinem Namen vom Minister von Falkenstein vom 25. April 1761 an Minister Graf Schlabrendorf-Breslau vorhanden: „In der Regensburger l. g. Staatsrelation ist aus Glatz (15. März) wegen der aus der Grafschaft vertriebenen Protestanten ein Artikel inseriert worden, welchen ich vorlege“. Er überläßt es der Beurteilung Schlabrendorfs, ob es nötig sei, darauf zu antworten. In diesem Falle wird um Nachricht gebeten, damit dann in Berliner Zeitungen etwas erscheinen kann.

An der Tatsache der Drangsalierungen ist nicht zu zweifeln. Die Erwidierungen konnten: nur Protest gegen abermalige Abschwächungs- und Rechtfertigungsversuche sein.

Das Schicksal der Protestanten wandte sich erst, als nach dem Hubertusburger Frieden 1763 die Grafschaft

frei wurde und die endgültige preußische Herrschaft wieder evangelische Mitglieder von Garnison und Beamtschaft zurückbrachte und evangelisches Gemeindeleben wieder ermöglichte. Die evangelische Garnisonkirche wurde wieder freigegeben, und 1764 entstand eine Zivilgemeinde mit Anstellung eines Geistlichen. In langsamer Folge entstanden auch die anderen evangelischen Gemeinden der Grafschaft.

Man kann aus dem Geschilderten klar sehen, wie groß der Unterschied zwischen dem katholisch-jesuitisch gebundenen Habsburg und dem protestantisch bewußten Preußen und seinem König war. Dort brutaler Kampf mit Zwang, nicht mit geistlichen Waffen, der keine Versprechungen und Verträge achtete, hier völlige Freiheit des Bekenntnisses und bewußter Schutz der evangelischen Kirche, verbunden mit Gerechtigkeit nach beiden Kirchen hin. Auch im Regensburger Reichstage trat Preußen bewußt als Schützer der evangelischen Belange auf. Es kannte genau das Gesicht der katholischen Kirche. Auch die Presse war damals schon ein bedeutungsvolles Sprachrohr, das beobachtet und ausgewertet wurde.

Pfarrer i. R. Lic. Schwender
(Berlin-Charlottenburg 4, Kantstr. 41.)